



Detailansicht des Registereintrags

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e. V.

Aktuell seit 03.02.2026 13:55:33

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000710
Ersteintrag:	21.02.2022
Letzte Änderung:	03.02.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.02.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Postfach 300307 50773 Köln Deutschland Telefonnummer: +492215995647 E-Mail-Adressen: dachverband@kritischeaktionaere.de Webseiten: https://www.kritischeaktionaere.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,05

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Barbara Happe**
Funktion: ehrenamtliches Vorstandsmitglied
2. **Ulf Georgiew**
Funktion: ehrenamtliches Vorstandsmitglied
3. **Christian Russau**
Funktion: ehrenamtliches Vorstandsmitglied
4. **Jens Hilgenberg**
Funktion: ehrenamtliches Vorstandsmitglied
5. **Stefan Klein**
Funktion: ehrenamtliches Vorstandsmitglied
6. **Claudia Fatzkämper**
Funktion: ehrenamtliches Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Tilman Massa**
2. **Markus Dufner**

Gesamtzahl der Mitglieder:

69 Mitglieder am 25.03.2024, davon:

40 natürliche Personen

29 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (7):

1. CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung
2. European Responsible Investment Network (ERIN)
3. attac Deutschland
4. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung
5. Initiative Lieferkettengesetz
6. Klima-Allianz Deutschland
7. Arbeitskreis ILO169 Deutschland

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; Entwicklungspolitik; Arzneimittel; Land- und Forstwirtschaft; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; Verbraucherschutz

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Wir setzen uns bei deutschen Aktiengesellschaften für die Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten, effektiven Umwelt- und Klimaschutz, mehr Transparenz sowie einen Stopp von Rüstungs- bzw. Waffenexporten an Regierungen, die Menschenrechte verletzen oder in völkerrechtswidrige Kriegshandlungen verstrickt sind, ein.

Wir sind Aktionärsvereinigung und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation zugleich:

Zusammen mit unseren 29 Mitgliedsorganisationen analysieren und kritisieren wir die Aktivitäten von Adidas, BASF, Bayer, Mercedes-Benz, Deutsche Bank, RWE, Siemens, Thyssenkrupp und anderen börsennotierten Konzernen.

Wir beteiligen uns aktiv an Hauptversammlungen und melden uns auch mit eigenen Kampagnen zu Wort, die wir mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

Einmal im Jahr findet die Hauptversammlung einer Aktiengesellschaft statt. Alle Aktionärinnen und Aktionäre haben ein Rede-, Frage- und Stimmrecht. Die Aktionärinnen und Aktionäre können mit ihren Aktien Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens entlasten oder nicht entlasten. Wer nicht selbst an der Hauptversammlung teilnimmt, kann sich durch uns vertreten lassen.

Jedes Jahr schenken uns zahlreiche Aktionärinnen und Aktionäre ihr Vertrauen: Mit ihren Stimmrechtsübertragungen können wir Hauptversammlungen besuchen, Redebeiträge halten und die Konzernleitungen mit unseren Fragen konfrontieren. Wir vertreten die Anliegen unserer Mitgliedsorganisationen und Partner sowie von Konzerngeschädigten oder bieten ihnen die Möglichkeit, selbst an den Hauptversammlungen teilzunehmen und dort zu sprechen.

Die Medien berichten regelmäßig über unsere Arbeit. So gelingt es, den öffentlichen Druck auf die Konzerne zu erhöhen und in Kooperation mit unseren Mitgliedsorganisationen und Partnern Erfolge zu erzielen.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Gesetz zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung

Beschreibung:

Wir fordern Änderungen bei dem geplanten Gesetz zum Aufbau eines Generationenkapitals für die gesetzliche Rentenversicherung. Konkret fordern wir die Einführung verbindlicher Investitionskriterien bei Klima, Umwelt und Menschenrechten sowie mehr parlamentarische Beteiligung und Transparenz.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [\[alle RV hierzu\]](#); Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2403250004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Beschreibung:

Wir fordern eine Reform des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten. Konkret fordern wir, dass sich das Gesetz vollumfänglich an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte orientiert und nicht nur Lieferketten, sondern die gesamten Wertschöpfungsketten von Unternehmen umfasst. Dies bedeutet beispielsweise, dass der Finanzsektor samt Investmentgesellschaften vollumfänglich einbezogen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

3. Aktiengesetz (AktG)

Beschreibung:

Wir fordern eine Reform des Aktiengesetzes (AktG): Die Hauptversammlung soll berechtigt werden, auch über bestimmte strategische Zielvorgaben und Tagesordnungspunkte, die das operative Geschäft betreffen, abstimmen zu dürfen. Bisher kann nur der Vorstand entscheiden, ob er eine solche Entscheidung der Hauptversammlung zur Abstimmung vorlegen möchte. Zudem fordern wir, dass auch Englisch als Sprache während der Aussprache und zur Ausübung der Aktionärsrechte erlaubt sein darf; eine entsprechende Simultanübersetzung ins Deutsche ist dabei durch die Aktiengesellschaft sicherzustellen.

Betroffenes geltendes Recht:

AktG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

4. Deutsch-Brasilianisches Atomabkommen

Beschreibung:

1975 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit Brasilien ein Atomabkommen zum Aufbau einer Atomwirtschaft. Wir setzen uns für eine Aufkündigung dieses Abkommens ein. Wir fordern konkret, dass die aktuelle Prüfung durch die Bundesregierung zur Kündigung des Atomabkommens führt und die Bundesrepublik Deutschland ihre bisherige Zulieferrolle für das brasilianische Atomprogramm aufgibt.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2411270017](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2412020022](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

5. Rechtliches Ausfuhrverbot für in der EU verbotene Pestizide

Beschreibung:

Ziel ist die Festschreibung einer rechtlichen Regelung (Verordnung oder Gesetz) zur Durchsetzung eines Ausfuhrverbots für bestimmte Pestizide, die in der EU keine Genehmigung haben.

Hierdurch sollen Exporte in Drittstaaten von Pestizid-Wirkstoffen und Pflanzenschutzmittel mit Wirkstoffen, die basierend auf der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 wegen gesundheitsschädlicher oder umweltschädlicher Eigenschaften nicht genehmigt sind und in der Landwirtschaft EU-weit nicht mehr in Verkehr gebracht und angewendet werden dürfen, untersagt werden, um so die Umwelt und die Gesundheit von Menschen in den Drittländern zu schützen sowie Menschen in der EU vor Rückständen von verbotenen Pestiziden in importierten Lebensmitteln.

Betroffenes geltendes Recht:

PflSchG 2012 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412100020 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Versendet am 20.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [alle SG dorthin]

Versendet am 20.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

6. EU-Omnibusvorschlag der EU-Kommission**Beschreibung:**

Die Bundesregierung soll sich für eine gezielte Überarbeitung des Omnibus-Vorschlags der EU-Kommission unter breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung einsetzen. Es sollten Inkohärenzen behoben werden, ohne die Ziele des EU Green Deals zu gefährden. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass Änderungen auf der Umsetzungsebene und nicht am grundlegenden Rechtsrahmen erfolgen. CSRD und CSDDD sollen schnellstmöglich in deutsches Recht umgesetzt werden.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu];
; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu];
Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Land- und
Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu];
Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2506050021** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.03.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

80.001 bis 90.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

30.001 bis 40.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

KA-Jahresabschluss-2024-web.pdf